

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Jugendhilfeausschusses** der Stadt Burgdorf am **26.11.2009** im Sitzungssaal des Rathauses I, Marktstraße 55, 31303 Burgdorf

16.WP/JHA/015

Beginn öffentlicher Teil: 16:30 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:15 Uhr

Anwesend: Vorsitzende

Gersemann, Christiane

stellv. Vorsitzende

Ethner, Regina

Mitglied/Mitglieder

Leykum, Maria

Meinig, Birgit

Rück, Stefanie

Wackerbeck, Ursula

Grundmandatar/e

Schrader, Karl-Ludwig

(Vertreter für Fr. Prof.
Dr. Dr. Ina Wunn)
(bis TOP 7)

Vertreter/innen der Jugendverbände

Kardolsky, Thorsten

Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände/Träger der freien Jugendhilfe

Meine, Agnes

Röttger, Fritz

(Vertreter für Fr. Gisela
Bittkau)

Beratende/s Mitglied/er

Hedrich, Marion

Heinze, Anette

Pastor der ev. Kirche

Müller-Brandes, Rainer (bis TOP 12)

Vertreter der Interessen

Paul, Matthias (bis TOP 6)

ausländ. Kinder und Ju-

gendlicher

Gast/Gäste

Katrin Altmann

(Vorsitzende Stadtkin-
dergartenbeirat)
(bis TOP 12)

Verwaltung

Baxmann, Alfred (TOP 5 bis TOP 12)
Beneke, Ernst-August
Pape, Petra (bis TOP 12)
Raue, Nicole
Strecker, Dagobert
Witte, Bernd

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 31.08.2009
3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Freiwilligendienste aller Generationen
- Referent: Bernd Ziegler, Projektleitung 'Mobile Kompetenzteams' -
- Bericht -
6. Alkoholpräventionsangebot HaLT
-Bericht-
7. Aktiv-Pass für die Stadt Burgdorf
- Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 16.09.2009 -
Vorlage: 2009 0607
8. Burgdorf Pass
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom 15.10.2009 -
Vorlage: 2009 0625
9. Verstärkung der Jungenarbeit in Burgdorf
Vorlage: 2009 0646
10. Zuschuss Kindertagesstätte Fröbelweg
Vorlage: 2009 0613
11. Fortsetzung der Projektarbeit in Kindertagesstätten
Vorlage: 2009 0635
12. Entwurf Haushaltssatzung 2010
Vorlage: 2009 0619
13. Entwurf Investitionsprogramm 2010
Vorlage: 2009 0620

14. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

- keine -

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, begrüßt **Frau Katrin Altmann** als Vorsitzende des Stadtkindergartenbeirates. Entschuldigt haben sich **Frau Adlunger, Frau Börges** und **Frau Schrader**.

Den Tagesordnungspunkt 13 „Verstärkung der Jungenarbeit“ bittet die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, als Tagesordnungspunkt 9 vorzuziehen. Des Weiteren wird der Tagesordnungspunkt 12 „Fortsetzung der Projektarbeit in Kindertagesstätten“ als neuer Tagesordnungspunkt 11 behandelt.

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt; die geänderte Tagesordnung einstimmig genehmigt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 31.08.2009

Herr Paul bittet das Protokoll, Seite 6, letzter Absatz, Satz 2 und 3, wie folgt zu korrigieren:

„Er verwies darauf, dass ein Antrag an das „nifbe“ – „Niedersächsisches Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung“ – gestellt worden sei, um ein Projekt im Bereich „Kreative Bildung für Kinder unter drei Jahren“ durchzuführen. Dieses Vorhaben soll zusammen mit der Leibniz-Universität Hannover und der Evangelischen Erwachsenenbildung durchgeführt werden.“

Das geänderte Protokoll wird bei zwei Stimmenthaltungen genehmigt.

3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

- keine -

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Beneke informiert über die Vertragsverhandlungen zum Jugendhilfekostenausgleich. Derzeit werde seitens der Region Hannover ein Gesamtbudget in Höhe von rd. 1,7 Mio. Euro angeboten. Die Gesamtkosten für das Jahr 2009 belaufen sich auf rd. 2 Mio. Euro, so dass ein Eigenanteil in Höhe von 300.000,- € zu erwarten sei.

Des Weiteren berichtet **Herr Beneke** über die Ende Oktober verabschiedete Landesverordnung zur Tagespflege. Diese sei rückwirkend zum 01.01.2009 in Kraft getreten und erfordere eine Überarbeitung der Burgdorf Tagespflegesatzung. In der kommenden Jugendhilfeausschusssitzung werde die Verwaltung einen entsprechenden Satzungsentwurf vorstellen. Zu den wesentlichen Änderungen gehöre zukünftig die Abrechnung nach Betreuungsstunden. Der Stundensatz erhöhe sich von 3,50 € auf 3,75 €. Im Gegenzug steige der Landeszuschuss ab dem 01.01.2010 von derzeit 1,36 € auf 1,56 € pro Stunde. Der Qualifizierungsumfang für Tagespflegepersonen erhöhe sich von derzeit 60 auf 160 Stunden. Dies bedeute, dass bisher eingesetzte Tagespflegepersonen nachgeschult werden müssen. Die Verwaltung hoffe, dass alle Tagespflegepersonen dabei bleiben und die Akquirierung neuer Tagespflegepersonen nicht erschwert werde.

Zur Weiterentwicklung der Kindertagesstätte Sorgensen verteilt **Herr Beneke** eine Tischvorlage. Er bittet, die Tischvorlage unter dem Tagesordnungspunkt „Haushalt“ zu diskutieren. Ebenfalls unter dem Tagesordnungspunkt „Haushalt“ soll das Thema „Schulkinderbetreuung in Ehlershausen“ angesprochen werden.

Herr Witte teilt mit, dass am 19. November weitere Alkoholtestkäufe in Burgdorf stattgefunden haben. Von elf Einzelhandelsgeschäften in der Kernstadt und den Ortsteilen haben sechs Geschäfte Alkohol an Minderjährige verkauft. Leider bestehe weiterhin die Tendenz, dass sich bestimmte „Sorgenkinder“ etablieren.

Auf Nachfrage berichtet **Herr Witte**, dass mit dem Gebietsleiter des „Sorgenkindes“ ein Gespräch geführt worden sei. Seitens der Jugendpflege sei gefordert worden, einen Wachdienst einzuschalten, der in den Abendstunden die Jugendlichen kontrolliere. Der Filialleiter sei nur bis 18.00 bzw. 19.00 Uhr vor Ort.

Des Weiteren werde das Johnny B. in naher Zukunft einen Förderverein gründen.

Durch eine Spende der Firma Wilhelm Cramer werde das Abenteuer-Gelände im Stadtpark um ein Baumstammkado erweitert werden können.

5. **Freiwilligendienste aller Generationen**

- Referent: **Bernd Ziegler, Projektleitung 'Mobile Kompetenzteams' -**
 - Bericht -
-

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Referenten, **Herrn Bernd Ziegler** und **Frau Roswitha Sartorius**.

Die Präsentation **Herrn Zieglers** ist dem Protokoll als Anlage beigelegt. **Herr Ziegler** betont, dass er bzw. **Frau Sartorius** bei spezifischen Fragen gerne als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Bei Bedarf werden die Unterlagen auch in elektronischer Form übermittelt. Er freue sich, dass die Finanzierung der bestehenden Fortbildungsangebote, deren Besuch für alle Freiwilligen kostenlos möglich sei, bis einschließlich 2011 gesichert sei.

Frau Ethner informiert, dass sich der Burgdorfer Verein „Bürger für Bürger“ sehr stark für die Gewinnung von Ehrenamtlichen einsetze. In der Regel bringen Ehrenamtliche Qualifikationen und Fertigkeiten mit sich. Sie erkundigt sich daher, welche Vorteile sich Ehrenamtlichen durch die Teilnahme an den Fortbildungsangeboten böten.

Herr Ziegler erwidert, dass das Fortbildungsprogramm ein vielfältiges Angebot bereithalte, welches sich nicht nur auf die eigenen Fähigkeiten beschränke. Es bestehe somit die Möglichkeit, sich über neue Themengebiete zu informieren. Das Fortbildungsangebot könne ohne Bindungswirkung in Anspruch genommen werden. Alle Ehrenamtlichen hätten damit die Möglichkeit, den Freiwilligendienst jederzeit wieder zu verlassen.

Aufgrund der Fülle der Qualifikationsmöglichkeiten sehe er insbesondere für junge Menschen, die sich in der sogenannten Brückensituation befinden (Ausbildung schließt sich nicht nahtlos an den Schulabschluss an) die Möglichkeit, diese Zeit sinnvoll und gewinnbringend zu nutzen. Die Teilnahme am Freiwilligendienst wirke sich positiv auf den Lebenslauf und damit positiv auf zukünftige Einstellungsmöglichkeiten im Berufsleben aus.

Auf Nachfrage **Frau Rucks** erläutert **Herr Ziegler**, dass sich das Programm des Freiwilligenzentrums noch in der Anlaufphase befände. Seine wesentliche Aufgabe bestehe zurzeit darin, das Programm zu kommunizieren. Aus diesem Grund könne er noch keine aussagekräftige Aussage zur Akzeptanz des Programmes treffen.

Herr Bürgermeister Baxmann betont, das Engagement des Freiwilligen Zentrums Hannover e.V. nicht in Abrede stellen zu wollen. Da in Burgdorf für Ehrenamtliche bereits zahlreiche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung stehen, empfehle er die Kommunikation in „Entwicklungsgebieten“, die nicht in vergleichbarer Weise vernetzt seien, zu betreiben. Er selbst sehe den Bedarf für die von Herrn Ziegler vorgestellte und seiner Ansicht nach reglementierende und maklerische Einrichtung nicht.

6. **Alkoholpräventionsangebot HaLT -Bericht-**

Herr Heckert berichtet, dass das Projekt „HaLT“, „Hart am Limit“, vor zwei Jahren ins Leben gerufen worden sei. Erschreckend sei, dass 95 % aller 15- bis 16jährigen über Alkoholerfahrungen verfügen. Die stationäre Versorgung alkoholisierter Jugendlicher habe sich vom Jahr 2005 bis zum Jahr 2008 nahezu verdoppelt. Ein Unterschied zwischen Jungen und Mädchen oder der Art des Schulbesuches könne nicht festgestellt werden. Das Projekt HaLT wolle dem entgegenwirken.

Das Projekt HaLT gliedere sich in eine reaktive und eine koaktive Seite. Die reaktive Seite beinhalte möglichst frühe Beratungsgespräche, bestenfalls noch

im Krankenhaus. Die koaktive Seite befasse sich mit der Einhaltung der Jugendschutzgesetze, der Öffentlichkeitsarbeit, Präventionsangeboten etc..

Insgesamt seien drei Beratungsstellen an dem Projekt beteiligt, wovon jede Beratungsstelle an einem Wochenende den Beratungsdienst im Kinderkrankenhaus an der Bult übernehme. **Herr Heckert** stellt die aktuelle Situation an der Bult vor. Der fortlaufende Anstieg der Alkoholpatienten lasse sich durch das primäre Ansteuern dieser Klinik und durch die erhöhte Sensibilität im Hinblick auf alkoholisierte Jugendliche in der Öffentlichkeit erklären. Durch den Rettungsdienst oder die Polizei werden nun auch vermehrt Jugendliche zur Bult gebracht, die keiner stationären Hilfe bedürfen. Diese Jugendlichen werden nach der Diagnose zunehmend ambulant versorgt und der Polizei, den Eltern oder der Jugendhilfe überantwortet. Die Beratungszahlen seien in den Sommermonaten gesunken, was sich durch die geringeren stationären Aufnahmezahlen erklären lasse. Das Beratungsgespräch sei wie folgt gegliedert:

- Konsiliarvereinbarung (Schweigepflichtsentbindung),
- Kontaktaufnahme,
- Ermittlung Hintergrund der Alkoholvergiftung,
- Wissen über Alkohol vermitteln,
- Einschätzung des Erlebten,
- Motivation, an der Situation etwas zu ändern.

Etwa 90% der Kinder und Jugendlichen nehmen das Angebot an. Das Durchschnittsalter läge bei 15,72 Jahren. Im Jahr 2009 habe es in ca. 15 bis 20 % der Fälle Mehrfacheinlieferungen gegeben. Dabei seien doppelt so viele Mädchen wie Jungen betroffen gewesen. Drei Kinder kamen aus Burgdorf, wovon zwei in Burgdorf den Alkohol konsumiert haben. Leider sei festzustellen, dass Mädchen durch riskanten Alkoholkonsum Opfer sexueller Übergriffe werden. Jungen fallen dagegen eher durch unvorsichtiges Verhalten auf.

Die Kostenübernahme sei durch eine Vereinbarung mit allen Jugendhilfeträgern geregelt. Seit Mitte des Jahres übernehmen auch Krankenkassen die Kosten. Aus diesem Grund müssen immer weniger Fälle über Jugendhilfemittel finanziert werden.

Zur Trinksituation teilt **Herr Heckert** mit, dass nahezu die Hälfte, nämlich 56 % aller Jugendlichen, den Alkohol auf öffentlichen Straßen und Plätzen konsumieren. Da überwiegend sehr hochprozentige alkoholische Getränke konsumiert werden, befürworte er die Durchführung weiterer Testkäufe. Ziel sei die bessere Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen. Ca. 40 % aller minderjährigen Käufer erhalten unzulässigerweise alkoholische Getränke. Eine konsequente Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen werde das Problem zwar nicht lösen, aber deutlich reduzieren. Oftmals führe auch Unwissenheit und Rechenschwäche bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum unrechtmäßigen Verkauf von Alkohol.

Herr Witte weist darauf hin, dass Sanktionen, wie z.B. Entlassungen nicht zum gewünschten Erfolg führen. Seitens der Stadt Burgdorf werde geprüft, ob Verfahren gegen die betroffenen Filialeleitungen wegen Verletzung der Aufsichtspflicht eingeleitet werden können.

**7. Aktiv-Pass für die Stadt Burgdorf
- Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 16.09.2009 -
Vorlage: 2009 0607**

Frau Rück stellt den Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vor. Der Sozialausschuss habe lange über den Antrag beraten und die Verwaltung gebeten, einen Vorschlag zur Umsetzung und zur inhaltlichen Gestaltung des Aktivpasses auszuarbeiten. Sie bitte den Jugendhilfeausschuss um Zustimmung. Eine Finanzierung sei durch die noch zur Verfügung stehenden Mittel für das Schulstarterpaket möglich.

Frau Ethner betont, dass sie den Antrag grundsätzlich für unterstützenswert halte. In Anlehnung an den Vorschlag **Herrn Fleischmanns**, müsse der begünstigte Personenkreis großzügiger gestaltet werden. Gering verdienende Familien seien noch nicht berücksichtigt. Sie erkundigt sich bei der Verwaltung, ob das Antragsverfahren mit vorhandenen Personalressourcen aufgefangen werden könne. Dies sei laut Auskunft von **Herrn Strecker** noch nicht abschätzbar und hänge von der Anzahl der Antragsberechtigten ab.

Herr Witte weist auf den Burgdorfer Familienpass hin. Dieser könne als Grundgerüst herangezogen und fortgeschrieben werden.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vorlage zur Einführung eines Aktivpasses bis zum Frühjahr 2010 zu erarbeiten. Die Vorlage soll die möglichen Vergünstigungen, den Personenkreis sowie die bereits bestehenden Angebote umfassen. Daneben soll die Möglichkeit einer Vereinbarung mit der Stadt Hannover geprüft werden.

- einstimmiger Beschluss -.

**8. Burgdorf Pass
- Antrag von Herrn Michael Fleischmann "Das Linksbündnis" vom
15.10.2009 -
Vorlage: 2009 0625**

Frau Rück fasst zusammen, dass **Herr Fleischmann** mit seinem Antrag im Wesentlichen das gleiche Ansinnen verfolge wie die SPD-Fraktion. Grundsätzlich seien alle zusätzlichen Punkte wünschenswert, aufgrund des Umfangs jedoch finanziell nicht umsetzbar. Sofern in Zukunft eine finanzielle Umsetzung möglich sei, könne der Antrag der SPD-Fraktion erweitert werden.

Herr Strecker weist darauf hin, dass die Stadt auf bestimmte Leistungen, beispielsweise dem Sozialtarif für Strom und Gas, keinen Einfluss habe, die Stadt allein schon aus diesem Grund an der Umsetzung rechtlich gehindert sei.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, lässt über den Antrag von **Herrn Fleischmann** „das Linksbündnis“ vom 15.10.2009 abstimmen.

Der Antrag wird bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

9. **Verstärkung der Jungenarbeit in Burgdorf**
Vorlage: 2009 0646

Herr Witte hebt das Ziel, allen Jungen, die durch ihr bisheriges Verhalten aufgefallen seien, wieder die gleichen Entwicklungs- und Bildungschancen zu bieten, hervor. In allen dritten Klassen der Gudrun-Pausewang-Grundschule sei vorgesehen, ein AG-Angebot, bei dem Sport, das eigene Ausprobieren, aber auch Gespräche und Konzentration im Vordergrund stehen, zu unterbreiten. Bereits jetzt sei bei ca. dreißig Kindern der zusätzliche Bedarf feststellbar. Um das Thema „Jungenarbeit“ in die Stadt transportieren zu können, sei eine intensive Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen.

Des Weiteren sei in den Sommerferien eine Jungenfreizeit geplant. Im Haushalt seien für beide Maßnahmen Mittel in Höhe von 5.000,- € bereitgestellt. Im Laufe der Zeit soll das Programm ausgeweitet und inhaltlich verbessert werden. Auf Nachfrage teilt **Herr Witte** mit, dass der Hannoversche Verein „Kempokan“ bewusst ausgesucht worden sei. Ihm habe sich der Eindruck geboten, dass gerade dieser Verein die Kinder und Jugendlichen „dort abhole, wo sie stehen“.

Frau Leykum freut sich über das Angebot. Der Bedarf sei ihrer Einschätzung nach vorhanden. Festsustellen sei, dass es Jungen oft nicht gut gehe und durch das Projekt soziale Kompetenz erworben werden könne. Bisher hätten Jungen gerne Koch-AG's angenommen. Aus diesem Grund freue sie sich ganz besonders, dass auch diese AG im Angebot stehe. **Herr Witte** ergänzt, dass die gemischte Form des Angebotes für weniger Stigmatisierung Sorge. Die AG's werden offen ausgeschrieben.

Herr Strecker betont, dass das Thema auch in den Kindertagesstätten aufgegriffen werde.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, regt an, auch Mädchenspezifische Angebote, wie z.B. Babysitterkurse, für Jungen anzubieten.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die in der Vorlage skizzierten Schritte zur Verstärkung der Jungenarbeit auszuführen.

- einstimmiger Beschluss -.

10. **Zuschuss Kindertagesstätte Fröbelweg**
Vorlage: 2009 0613

Herr Beneke stellt kurz die Sitzungsvorlage vor. Die Verwaltung befürworte die Bezuschussung des weiteren Personal-WC's, die Unterhaltung des Außengeländes, den Ersatz von zwei Holzhäusern sowie die Zaunerneuerung. Die seitens der Kirche geplante Podestlandschaft mit Rutsche schätze die Verwaltung als wünschenswert, aber nicht notwendig ein. Die Kindertagesstätte Freibad habe im Vergleich vor einigen Jahren eine Hochebene zu einem Preis von 3.600,- € angeschafft, welche überwiegend aus Spenden finanziert worden sei.

Frau Rück informiert, dass die Hochebene als Rückzugsebene für Krippenkin-

der erforderlich sei. Ihrem Kenntnisstand nach werde nicht um einen hälftigen Zuschuss, sondern um einen Zuschuss in Höhe von 2.000,- € gebeten.

Herr Müller-Brandes bestätigt, dass die Hochebene als Rückzugsmöglichkeit für Krippenkinder gebaut werden müsse. Bisher sei die räumliche Gestaltung auf Kindertagesstättenkindern abgestimmt gewesen. Um die bauliche Maßnahme umsetzen zu können, bitte er um einen Zuschuss in Höhe von 2.000,- €.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

1. Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss der Stadt Burgdorf, den nachstehenden Beschluss zu fassen.

2. Der Verwaltungsausschuss beschließt:

Die Kirchengemeinde erhält für

- a) den Einbau eines Personal-WC's,
- b) die Unterhaltung des Außengeländes und
- c) die Beschaffung von zwei Holzhäusern sowie die Zaunerneuerung

einen Zuschuss in Höhe von 11.700,- €, jedoch maximal 50 % der jährlichen Kosten. Darüber hinaus wird die geplante Hochebene mit 2.000,- € bezuschusst.

Die Finanzierung steht unter dem Vorbehalt, dass der Rat in dem zu beschließenden Haushalt für das Jahr 2010 die entsprechenden Mittel bereitstellt.

- einstimmiger Beschluss-

11. Fortsetzung der Projektarbeit in Kindertagesstätten Vorlage: 2009 0635

Herr Beneke stellt kurz die Sitzungsvorlage vor. Er ergänzt, dass im Hort Südstern gezielt Jungenarbeit angeboten werde. Derzeit laufen Projekte zum Thema Holzarbeit. Des Weiteren sei seit August 2009 ein Erzieher in der Kindertagesstätte Südstadt eingestellt, welcher Schwimmkurse anbiete.

Frau Ethner bemerkt, dass die Finanzierung der Projektarbeit zu Zeiten eines ausgeglichenen Haushaltes beschlossen worden sei. Dieses werde sie nicht an der Unterstützung des Projektes hindern, wünschenswert seien jedoch ausführlichere Informationen zum Umfang und Erfolg der einzelnen Projekte sowie über die Mittelverwendung und die noch zur Verfügung stehenden Mittel.

Herr Beneke informiert, dass schwerpunktmäßig im Bereich Sprachentwicklung und Bewegung Projekte angeboten worden seien. Der Erfolg sei schwer messbar. Eine Auswertung der Einschulungsuntersuchungen habe ergeben, dass sich die Einschulungsreife verbessert habe. Ein ausführlicher Bericht werde seitens der Verwaltung vorbereitet und im Frühjahr des kommenden Jahres vorgestellt.

Frau Ethner ergänzt, dass sie ebenfalls einen Vortrag der mit der Projektarbeit betrauten Erzieherinnen für wünschenswert halte.

Herr Strecker erwidert, dass die Einschätzung der Leiterinnen zu den einzelnen Projekten in der Vorlage aufgegriffen werde. In der kommenden Sitzung könne evtl. **Frau Böhlke** zur Projektarbeit weitere Auskunft erteilen.

Frau Meinig betont, dass sie sich seitens der Verwaltung gut informiert fühle. Eine wissenschaftliche Begleitung der Projektarbeit sei schwer umsetzbar.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den nachstehend aufgeführten Beschluss zu fassen:

Der Verwaltungsausschuss stimmt zu, dass für die Fortführung der Projektarbeit in den Kindertagesstätten maximal über die Hälfte der im Haushalt für das Jahr 2010 dafür bereitgestellten Projektmittel vor Inkrafttreten der Haushaltssatzung verfügt werden kann.

- einstimmiger Beschluss -

12. Entwurf Haushaltssatzung 2010 Vorlage: 2009 0619

Produktobergruppe 3 Soziales und Jugend, Produktgruppe 34100 – Unterhaltungsvorschüsse

Herr Beneke erläutert, dass die Einnahmen und Ausgaben bisher immer ausgeglichen gewesen seien. Sofern die Stadt Burgdorf eine Einnahmequote von 30 % erziele, bestehe kein Eigenanteil. Da sich die wirtschaftliche Situation zusehends verschlechtere und immer mehr Kindesväter im laufenden Bezug von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) ständen, sei die vorgegebene Einnahmequote nicht mehr erreichbar. Es sei daher zu erwarten, dass die Unterhaltungsvorschussstelle im kommenden Jahr ggf. mit einem Defizit abschließe.

Produktobergruppe 3, Soziales und Jugend, Produktgruppe 36600 – Jugendfreizeiteinrichtungen,

Zu Ziffer 27 „Erwerb von beweglichen Sachvermögen“ wird **Herr Witte** eine Aufstellung über die Zusammensetzung des Haushaltsansatzes dem Protokoll als Anlage beifügen.

Produktobergruppe 3, Soziales und Jugend, Produktgruppe 36503 - KiTa Otze

Die erforderlichen Haushaltsmittel für die neue Gruppe sind berücksichtigt.

Produktobergruppe 3, Soziales und Jugend, Produktgruppe 36505 - KiTa Ramlingen/Ehlershausen

Zur Schulkinderbetreuung in Ehlershausen informiert **Herr Beneke**, dass derzeit nur im begrenzten Umfang eine Betreuung über die Schulpiraten (Frau

Lenz), angeboten werde. Dieses Angebot werde noch nicht von der Stadt Burgdorf gefördert und sei damit für die Eltern ungleich teurer. Aufgrund der begrenzten räumlichen Möglichkeiten, bestehe in der Waldschule nicht die Möglichkeit eine Schulkinderbetreuung anzubieten. Gleichwohl soll dem möglichen Betreuungsbedarf entsprochen werden. Der Bedarf werde derzeit durch die Elternvertretung ermittelt.

Denkbar sei die Betreuung weiterhin in der Regie der „Schulpiraten“ zu belassen. Um dieses Angebot dem Hortangebot gleichstellen zu können, müsse eine finanzielle Förderung durch die Stadt erfolgen. Bei einem Elternbeitrag von rd. 100,- € entstehe bei einer Betreuung während der Schulzeit von 13.00 bis 16.00 Uhr und in den Ferien von 08.30 bis 16.00 Uhr ein jährlicher Kostenaufwand von rd. 55.000,- €. Bei einem Beginn im August nächsten Jahres, wäre für das Jahr 2010 ein anteiliger Betrag von rd. 23.000,- € in Ansatz zu bringen.

Die Verwaltung bittet um Mitteilung, ob für das Haushaltsjahr 2010 Mittel eingestellt oder zunächst die Umfrage der Elternvertretung abgewartet werden soll. Im letzteren Fall könnte erst im Jahr 2011 mit einer Ausweitung der Hortbetreuung begonnen werden. Sofern bereits 2010 mit dem Hortangebot begonnen werden soll, jedoch keine Mittel zur Verfügung stehen, müsste mit einer außerplanmäßigen Ausgabe gearbeitet werden.

Der Jugendhilfeausschuss spricht sich dafür aus, die Klärung dieser Angelegenheit in den Haushaltsberatungen aufzunehmen.

Produktobergruppe 3, Produktgruppe 36507 KiTa Sorgensen

Herr Beneke verweist auf die zu Beginn der Sitzung verteilte Tischvorlage „Weiterentwicklung Kindertagesstätte Sorgensen“.

Da die Kindertagesstätte Sorgensen nicht voll ausgelastet sei, werde seitens der Verwaltung geprüft, ob eine zusätzliche Betreuung von Zwei- bis Dreijährigen angeboten werden könne. Für eine Betreuung von Kleinkindern unter zwei Jahren seien die Räumlichkeiten nicht geeignet. Sofern das Krippenangebot ausgeweitet werden soll, sei zusätzlich eine dritte Kraft sowie eine Küchenhilfe mit zwei Stunden täglich erforderlich. Hierfür müssten Personalkosten in Höhe von 12.500,- € bereitgestellt werden. Für die Verpflegung müssten Mittel in Höhe von 2.000,- € in Ansatz gebracht werden. Sollten weitere Mittel fehlen, reiche es aus, diese im Haushalt 2011 zur Verfügung zu stellen. Der Bedarf für eine solche Gruppe sei vorhanden.

13. Entwurf Investitionsprogramm 2010 Vorlage: 2009 0620

Es bestehen keine Anmerkungen.

14. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Herr Röttger berichtet, dass alle Jugendlichen, die im Besitz einer Juleika-Card seien, zukünftig gratis einen Jugendherbergsausweis erhalten und bei

einer Übernachtung in der Jugendherberge einen Preisnachlass von 10 % gewährt werde.

Des Weiteren weist er auf eine neue Förderungsmaßnahme der Hannoverschen Volksbank hin. Sofern Burgdorfer Vereine Zuschüsse für Projekte beantragen wollen, sollten sie sich schnellstmöglich an die Volksbank wenden. Neu am Projekt sei, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volksbank bei der Umsetzung des Projektes mitwirken.

Einwohnerfragestunde

- keine -

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin